

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 06.03.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Vorsitzende, SPD-Fraktion
Herr Schachtschneider	CDU-Fraktion
Frau Wießner	skE CDU-Fraktion
Frau Hintz	SPD-Fraktion
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE.
Frau Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
Herr Ahrens	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Raab	FDP-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)

Frau Sylvia Plättner
Frau Kerstin Masur
Frau Anna Manser
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Dorothee Fischer

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales
Frau Katharina Brederlow	Fachbereichsleiterin FB Bildung
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat
Herr KR Ralf Berger	Polizeidirektion Halle
Herr Rene Moses	Humanistischer RV
Frau R. Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Frau Christina Greiner	Landesschulamt
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau T. Privorozkaja	Jüdische Gemeinde zu Halle
Frau P. Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat

Entschuldigt fehlten:

Frau Dr. Inès Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hopfgarten	SPD-Fraktion
Herr René Trömel	Fraktion DIE LINKE
Frau Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Frau Antje Klotsch	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Herr Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Herr Nobert Böhnke	Leiter Dienstleistungszentrum Familie
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter Halle
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur Halle
Herr Bruno Glomski	Amtsgericht Halle
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evangelischer Kirchenkreis

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die Kinder- und Jugendsprechstunde auf. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde umgehend die Sprechstunde beendet.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach zur Tagesordnung an, dass der TOP 5.2 abgesetzt wird. Sie fragte nach weiteren Änderungswünschen.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass der unter dem TOP 8.1. aufgeführte Abschlussbericht 2013 zu den Hilfen zur Erziehung von der Tagesordnung genommen werden muss. Hierzu hatte er vorhin noch eine Rücksprache mit Herrn Rochau. Der Bericht wurde noch nicht freigegeben und muss verschoben werden.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte fest, dass es keine weiteren Änderungswünsche gab.

Der geänderten Tagesordnung wurde ohne Widerspruch zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 06.02.2014
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- 5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Bürgerhaushalt
Vorschlag B-66 Kita-Gebühren
Vorlage: V/2014/12472
 - 5.2. Bürgerhaushalt **abgesetzt**
Vorschlag B-77 Kita-Gebühren staffeln
Vorlage: V/2014/12473
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Abschlussbericht Hilfen zur Erziehung 2013 **abgesetzt**
Abschlussbericht 2013 zur Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) Kita
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Themenspeicher
- 11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 09.01.2014

Der öffentlichen Niederschrift vom 09.01.2014 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 06.02.2014

Der öffentlichen Niederschrift vom 06.02.14 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, teilte mit, dass es keine nicht öffentlichen Beschlüsse in der Sitzung am 20.02.2014 gab.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Bürgerhaushalt Vorschlag B-66 Kita-Gebühren Vorlage: V/2014/12472

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass heute zum Bürgerhaushalt ein Vorschlag B-66 vorliegt. Sie fragte an, ob es Diskussionsbedarfe hierzu gibt.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass es sich hier um keinen tatsächlichen Einsparvorschlag handelt. Hier steht „Keine zusätzlichen Kosten. Die Höhe der Einsparung kann nicht beziffert werden.“ Die Frage ist, ob dieser Vorschlag überhaupt rechtmäßig ist. Es wurde erst eine Kostenbeitragssatzung im Stadtrat beschlossen. Er würde mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass unklar ist, warum solche Vorschläge überhaupt in den Ausschüssen und dem Stadtrat vorgelegt werden. Sie ist davon ausgegangen, dass die Verwaltung die eingegangenen Bürgervorschläge prüft und dem Stadtrat nur Bürgervorschläge vorgelegt werden, die auch Sinn machen. Sie appellierte an die Verwaltung, dies verwaltungsintern zu regeln, damit nicht noch weitere Vorschläge die Ausschüsse und den Stadtrat beschäftigen, die dort nicht hingehören. Dies sollte in der Verwaltung auf jeden Fall besprochen werden.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass es Vorschläge gibt, deren Umsetzung schwer einschätzbar sind und es für die Verwaltung schwierig ist, damit umzugehen. Im Finanzausschuss ist besprochen worden, dass die Bürgervorschläge den entsprechenden Ausschüssen bis zum Stadtrat vorgelegt werden sollen. Diesem Wunsch ist die Verwaltung nachgekommen.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass es hilfreich wäre, wenn zu den entsprechenden Bürgervorschlägen auch das Datum aufgeführt wird, wann dieser Vorschlag unterbreitet wurde. Dann ist auch nachvollziehbarer, inwieweit sich das zwischenzeitlich erledigt haben könnte.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sagte zu, diese Hinweise innerhalb der Verwaltung zu besprechen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Bürgervorschlag für „erledigt“ zu erklären, da durch den Stadtrat am 27.11.2013 die neue Kostenbeitragsatzung für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) beschlossen worden ist.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 5.2 Bürgerhaushalt Vorschlag B-77 Kita-Gebühren staffeln Vorlage: V/2014/12473

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, teilte mit, dass das Beratende Mitglied von der Polizei Halle (Saale), Herr Berger, zum letzten Mal im Jugendhilfeausschuss ist. Herr Berger verabschiedet sich in den Vorruhestand. Sie dankte diesem für seine 5-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss und wünschte diesem alles Gute.

Herr KR Berger, Beratendes Mitglied (Polizei Halle Saale), dankte und wünschte allen Anwesenden weiterhin ein engagiertes Wirken im Interesse und zum Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Halle (Saale).

Weitere Mitteilungen:

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass sie in der Sitzung am 06.02.14 darauf hingewiesen hatte, dass die Informationsvorlage des Fachbereiches Recht zum Mitwirkungsverbot des Jugendhilfeausschusses als auch ein Anschreiben von Herrn Schreyer bzgl. dem Rederecht von ausschussfremden Mitgliedern in Sitzungen verteilt worden ist. Bezüglich des Anschreibens wurde sie im Nachgang gefragt, wie hier der Zusammenhang zu sehen ist. Sie erläuterte kurz, dass dies resultierend aus der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung im Januar entstanden war, da hier ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses, welches auch stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss ist, gesprochen hatte, welches in den Zuschauerreihen anwesend war. Da das Mitglied der Ansicht war, auch hier zur Sitzung Rederecht zu haben, hatte sie dies beim Fachbereich Recht angefragt. Es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass zu einer Sitzung nur die an der Sitzung teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder Rederecht haben. Wenn Stellvertreter Redebedarf anmelden, müssen diese anstelle des Mitgliedes Platz nehmen und das Mitglied sich vom Sitzungstisch zurückziehen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), teilte mit, dass am 01. April 2014 das Jugendamt der Stadt Halle (Saale) 100 Jahre alt wird. Es ist damit eines der ältesten Jugendämter in Deutschland. Aus diesem Anlass findet die Hauptveranstaltung dazu am 1. Juni 2014, gemeinsam mit dem „Paulusfest“, in der Schopenhauerstraße 4 statt. Es wird mehrere Veranstaltungen in diesem Jahr geben. Eine Veröffentlichung darüber wird auch erfolgen, die die verschiedenen Phasen Jugendamt darstellen. Herr Werner erarbeitet diese Broschüre. Sobald diese vorliegt, erfolgt eine Information dazu.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach eine Einladung für den Internationalen Frauentag am Samstag aus. Im Kulturtreff in Neustadt findet hierzu unter der Schirmherrschaft von Frau Schneutzer, der Beauftragten für Migration und Integration, eine große Veranstaltung statt. Im Vorfeld läuft über den DGB in Halle (Saale) eine Veranstaltung ebenfalls zum Frauentag. Sie lud alle Interessierten zu den Veranstaltungen ein.

zu 8.1 Abschlussbericht 2013 zur Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplanung (BEP) Kita

Frau Hesselbach, Abteilungsleiterin Fachbereich Bildung, wertete anhand einer Präsentation die Bedarfs- und Entwicklungsplanung im Bereich Kita aus. Sie erläuterte die Zahlen aus dem IV. Quartal 2013 und den Gesamtjahresüberblick 2013. Im Kita-bereich nehmen die Zahlen aktuell zu. Über Ausnahmegenehmigungen zur Betriebserlaubnis werden hier auch zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt. Sie verglich zahlenmäßig das III. und IV. Quartal 2013 in der Bedarfsplanung mit der Ist-Belegung und den Kapazitäten laut Betriebserlaubnis. Im Krippen- und im Hortbereich gab es einen leichten Anstieg. Sie stellte die Fallzahlen im KITA-bereich 2007 – 2013 vor. Im Bereich der Familien, welche KJHG-ermäßigung erhalten, gab es einen Anstieg. Im Jahr 2007 waren dies 3.879 Familien, 2010 bereits 5.093 und im Jahr 2013 waren es 5.5.80 Familien, welche in den Bereich der KJHG-Ermäßigung fallen. Sie ging auf die Anzahl der betreuten Kinder 2013 im Eigenbetrieb Kindertagesstätten ein. Der Eigenbetrieb Kita hat weniger Horte als die Freien Träger.

Frau Hintz, SPD-Fraktion, ging auf die Darstellung der Zahlen aus August ein, welche deutlich weniger als in den anderen Monaten waren. Dies hängt sicher damit zusammen, dass Mütter, welche auf einen Kita-Platz warten, immer mitgeteilt wird, dass erst zum August

wieder Plätze zur Verfügung stehen. Findet grundsätzlich im August das Nachrücken auf einen Kita-Platz statt?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), antwortete, dass im August Kinder in die Schule nachrücken und dann setzt die Belegung der Plätze ein. Dadurch entsteht der Eindruck der Unterbelegung im August, welches ab September wieder ansteigend ist.

Frau Hintz, SPD-Fraktion, fragte, wieso bei bspw. 100 freierwerdenden Plätzen im August nur 40 Plätze dann belegt sind, woraus resultiert diese Unterbelegung im August?

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), verweist darauf, dass nicht zeitgleich der Wechsel der Krippenkinder in die Kitas erfolgt, wenn die Kita-Kinder in die Schule wechseln. Dadurch flacht kurzzeitig die Belegungszahl im Kita-Bereich ab und es können mehr Krippenkinder aufgenommen werden.

Herr Weiske, Sozialplaner Geschäftsbereich Bildung und Soziales, erläuterte, dass der Wechsel der Krippenkinder in eine Kita ständig wechselt, sobald das 3. Lebensjahr erreicht ist. Im Jahr betrifft dies ca. 2000 Plätze, die durch Krippenkinder in einer Kita benötigt werden.

Frau Fischer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass die Krippenkinder entsprechend ihres Alters nach und nach in eine Kita wechseln. Der Wechsel findet nicht für alle Krippenkinder zum gleichen Zeitpunkt statt, sondern erst mit Erreichen des 3. Lebensjahres.

Frau Hesselbach, Abteilungsleiterin Fachbereich Bildung, präsentierte die Vergleichszahlen zur Inanspruchnahme der Plätze nach dem entsprechend vereinbartem Stundenvolumen von 25-h, 40-h, 50-h und 60-h. Die meisten Eltern nehmen die 40-h in Anspruch, die 60-h sind die Ausnahme.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, drückte ihre Verwunderung über die relativ ausgeglichenen Zahlen hierzu aus. Sie hatte erwartet, dass mit dem Volltagsanspruch die Betreuungsstunden mehr in die Höhe gehen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass die 40-h und 50-h langsam wieder ansteigen und die 25-h gehen nach unten.

Frau Hesselbach, Abteilungsleiterin Fachbereich Bildung, erläuterte die durchschnittliche Auslastung der Plätze bei den Freien Trägern, beim EB Kita und Gesamt. Im Krippenbereich sind es gesamt 84%, im Kita-Bereich sind es 105% gesamt und im Hortbereich 89% gesamt. Anschließend ging sie auf die Auszahlungen pro Quartal und 2013 insgesamt für Zuschüsse im Kita-Bereich 2013 ein. Die Auszahlung gesamt an Freie Träger für 2013 belief sich auf 36.786.328 Euro; im EB Kita gesamt auf 24.261.263 Euro, so dass insgesamt 61.047.591 Euro für Zuschüsse Kita in 2013 ausgezahlt worden sind. Sie ging auf die Fallzahlen im Bereich der Tagespflege im Vergleich 2012 – Februar 2014 ein. Bei 21 Tagespflegepersonen sind 92 Plätze. Es gibt derzeit keine freien Tagespflegeplätze.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte für die Auswertung zum BEP Kita 2013.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass sie im Beirat des Jobcenters ist. Es scheint Klärungsbedarfe zwischen den Familiencoachs und dem Jobcenter zu geben. Sie fragte an, inwieweit es möglich ist, dass es hier eine Zusammenkunft geben kann.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), antwortete, dass es sich um zwei unterschiedliche Rechtskreise handelt. Es gibt einen Kooperationsvertrag mit dem Jobcenter. Die Familienintegrationscoachs sind ein Landesprojekt. In den Gesprächen auf beiden Seiten spiegeln sich die unterschiedlichen Ziele wider. Die Familienintegrationscoachs sehen die Jugendlichen mit ihren Perspektiven und familiären Hintergründen. Das Ziel des Jobcenters ist klar, diese wollen die Jugendlichen und Familien an den Arbeitsmarkt heranführen. Am Montag ist die städtische Beiratssitzung. Es gibt eine Chance für eine Verlängerung für das Projekt Familienintegrationscoach bis Ende 2014. Es gibt evtl. eine neue Förderperiode, Näheres ist noch nicht bekannt. Im Jugendhilfeausschuss wird dann aktuell informiert werden.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte an, wieso die Thematik „Crystal“ nicht mehr auf dem Themenspeicher für den Jugendhilfeausschuss enthalten ist.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), antwortete, dass dieses Thema für den neuen Jugendhilfeausschuss vorgesehen ist. Es soll hier nicht nur das soziale Arbeitsfeld betrachtet werden, sondern auch die Sicht der Polizei. Die aktuelle Polizeistatistik liegt noch nicht vor und unser bisheriger Ansprechpartner ist heute das letzte Mal im Jugendhilfeausschuss. Um alles miteinander für das Thema aufzubereiten, wird dies dann im neuen Themenspeicher für den neu gewählten Jugendhilfeausschuss mit aufgeführt werden.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte zum „Haus der Jugend“ an. Was verbirgt sich hier dahinter mit welchen Aufgaben und was hat das für eine Bedeutung für die Jugendhilfe der Stadt?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), antwortete, dass es einen Kooperationsvertrag hierzu zwischen Stadt, Arbeitsamt und Jobcenter gibt. Er sagte zu, dass dieser der Niederschrift zur Kenntnisnahme beigefügt wird.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), erläuterte hierzu, dass es um eine ganzheitliche Betreuung im U25-Bereich gehen soll. Es sollen Mitarbeiter aus dem Jugendamt, Jobcenter, Schuldnerberatung, BAFöG und zur Vermittlung von Kita-Betreuungsplätzen zusammenarbeiten, Herr Godenrath ist der Koordinator Jugendintegration. Dieser kann im Jugendhilfeausschuss zum „Haus der Jugend“ berichten.

Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), wies auf Anfragen von Eltern hin, welche gern einen Tagespflegeplatz in Anspruch nehmen möchten und hierfür einen Marathon durchlaufen. Sie müssen beim ASD vorsprechen und sollen u.a. Einkommensnachweise vorlegen. Mit welcher Begründung erfolgt dies?

Frau Hesselbach, Abteilungsleiterin Fachbereich Bildung, antwortete, dass gegenwärtig nur eine Mitarbeiterin in diesem Bereich arbeitet, das Personal soll aufgestockt werden. Der ASD ist als „Übergangslösung“ hier mit drin, dies ist nur noch befristet anzusehen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass gestern die Sozialraumgruppe I getagt hat. Es wurde angesprochen, dass es neue Quartiersmanager nach dem ISEG gibt. Diese haben eine andere Aufteilung als die Sozialraummanager.

Warum wird die Aufteilung innerhalb der Stadt so unterschiedlich vorgenommen, das ist sehr irritierend.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), antwortete, dass der Oberbürgermeister zugesagt hatte, dass in jedem Quartiersraum ein Ansprechpartner für die Bürger sein wird. Diese Zusage wird umgesetzt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), wies darauf hin, dass dies nichts mit unserer sozialräumlichen Gliederung zu tun hat. Der Quartiersmanager ist Ansprechpartner für die Bürger vor Ort.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass bei dem Wunsch ein Kontakt zum Dienstleistungszentrum Bürgerengagement aufgenommen werden kann, damit dies mal im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden kann.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Unterteilung der ISEG-Gebiete anders als die Sozialraumgebiete ist. Die Zuständigkeit ist anders, oftmals ist dies nur in einer Straßenseite unterschiedlich aufgeteilt. Sie appellierte an die Stadträte, sich dafür zu verwenden, dass die Aufteilung der Stadtgebiete innerhalb der Stadt einheitlich sein sollte, damit dies nicht verwirrend ist und alle Mitarbeiter die gleichen Gebiete haben, um hier kooperativer handeln zu können.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sagte zu, dies als Anregung mit aufzunehmen.

Herr Weiske, Sozialplaner Geschäftsbereich Bildung und Soziales, sprach an, dass es den Wunsch gibt, die Stadt in bestimmte Räume zu gliedern. Über das ISEG gibt es hierzu andere Vorstellungen als der Sozialraumgedanke hierzu ist. Das Grundprinzip der Unterteilung laut Statistik sind 43 Stadtviertel, diese werden nie deckungsgleich und identisch sein. Man wird sich auf Gebietskörperschaften verständigen müssen.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass der Themenspeicher den Mitgliedern vorliegt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass die für April vorgesehene Beschlussvorlage zum Bürgerhaushalt, hier B-77, noch rechtlich abgeklärt wird. Evtl. hat sich diese für den Jugendhilfeausschuss erledigt, wenn eingeschätzt wird, dass dieser Bürgervorschlag unrechtmäßig ist. Der Verwaltungsbericht zur Kooperation Grundschule und Horte ist noch mit Fragezeichen, da dieser noch in der verwaltungsinternen Abstimmung ist. Bezüglich der Vorstellung „Haus der Jugend“ könnte dies für April mit aufgenommen werden, dies muss noch abgestimmt werden.

zu 11 Anregungen

Herr Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter), regte an, in den Jugendhilfeausschuss Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) einzuladen. Es gibt eine Studie zur offenen Jugendarbeit, die auch veröffentlicht werden soll. Er hat hierzu nachgefragt, die Mitarbeiter des DJI wären bereit, dies im Jugendhilfeausschuss oder in einer extra Veranstaltung vorzustellen.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte, ob diese Veröffentlichung Herrn Petrick schon als PDF-Datei vorliegt.

Dies wurde von **Herrn Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)**, verneint.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte für die Anregung und sprach an, dass es Überlegungen geben muss, in welcher Veranstaltungsform diese Studie mal vorgestellt werden kann. Evtl. außerhalb einer Sitzung des Jugendhilfeausschuss als Veranstaltung für Interessierte. Die Verwaltung wird sich hierzu Gedanken machen.

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in